



Keine Wahl!

Themenheft Bundestagswahl. Rund 60,4 Millionen Bundesbürger dürfen am 26. September den 20. Deutschen Bundestag wählen. Nach wie vor ist völlig offen, welche Parteienkonstellation die künftige Regierung stellen wird und wer auf Angela Merkel folgt. Klar ist allerdings, dass es eine Vielzahl drängender Probleme gibt, mit denen sich die künftigen Abgeordneten auseinandersetzen müssen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat vier herausragenden Themen eine umfassende Studie gewidmet: Deglobalisierung, Dekarbonisierung, demografischer Wandel und Digitalisierung. Bei anderen Themen wie der Mittelstands- und der Steuerpolitik haben IW-Ökonomen analysiert, welche Folgen die politischen Entscheidungen in den vergangenen Jahren hatten und wie sich Wahlversprechen auswirken könnten. IW-Direktor Michael Hüther zieht zudem im iwd-Interview eine ernüchternde Bilanz der Politik der vergangenen Jahre, skizziert aber auch eine mögliche Agenda für die neue Regierung und verrät, welchen Rat er ihr mit auf den Weg geben würde.

Es geht ans Fundament

Wirtschaftsentwicklung. Vier grundlegende Veränderungsprozesse stellen die Geschäftsmodelle vieler Firmen in Deutschland vor gewaltige Herausforderungen. Eine neue IW-Studie zeigt nun: Gerade die starken Unternehmen sind von den Umwälzungen besonders betroffen. Hier steht also viel auf dem Spiel. Gleichzeitig sind diese Firmen am besten aufgestellt, um mit den Veränderungen umzugehen. Dafür braucht es aber auch den politischen Gestaltungswillen der künftigen Bundesregierung.

Ob Karl Marx oder Joseph Schumpeter: Ökonomen unterschiedlicher politischer Lager nutzen den Begriff der schöpferischen Zerstörung. Dahinter steckt der Gedanke, dass alte Strukturen verdrängt werden, wann immer sich eine neue Kombination von Produktionsfaktoren erfolgreich durchsetzt.

Aktuell steckt die Weltwirtschaft in solch einer Phase – und damit auch deutsche Unternehmen. Denn gleich vier Megatrends sorgen dafür, dass Altbewährtes infrage gestellt wird:

- **Deglobalisierung:** Protektionistische Tendenzen, durch die Coronapandemie gestörte Lieferketten und sich abzeichnende Abschottungstendenzen in China setzen dem internationalen Handel zu.
- **Dekarbonisierung:** Der Klimawandel bringt Firmen und Staaten in Zugzwang, Verbraucher verlangen nach umweltfreundlichen Alternativen; erneuerbare Energien und nachhaltige Produktionsweisen sind gefragt.
- **Demografischer Wandel:** In Deutschland und vielen anderen westlichen Staaten altert die Bevölkerung und es gibt nicht genügend Nachwuchs, um zum einen die Fachkräftelücke aus eigener Kraft zu schließen und zum anderen die umlagefinanzierten Sozialsysteme dauerhaft bezahlen zu können.

- **Digitalisierung:** Prozesse und Produkte werden immer digitaler. Dafür braucht es Experten und Infrastruktur, inklusive schnellem Internet allerorten sowie entsprechenden Aus- und Weiterbildungsangeboten.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun knapp 1.300 Unternehmen befragt, inwiefern sie von diesen Disruptoren betroffen sind und welche Eigenschaften auf sie laut Selbsteinschätzung zutreffen. Dabei zeigt sich:

Knapp 59 Prozent des Umsatzes aller Unternehmen in Deutschland entfallen auf Firmen, die mindestens von drei der fundamentalen Veränderungen betroffen sind.

Unter den Großunternehmen liegt dieser Anteil sogar bei mehr als 70 Prozent. Dagegen erwirtschaften deutsche Firmen, die mit keinem einzigen Disruptor zu kämpfen haben, lediglich knapp 4 Prozent des Gesamtumsatzes aller Unternehmen.

Doch nicht nur große Firmen sind besonders oft von mehreren Disruptoren betroffen, sondern auch bestimmte Branchen:

Fast 76 Prozent des Umsatzes in der Gruppe Maschinenbau, Elektroindustrie und Fahrzeugbau erwirtschaften Firmen, die sich mindestens drei fundamentalen Veränderungen stellen müssen. In der Metallerzeugung und -bearbeitung

sind es Unternehmen mit knapp 75 Prozent des Branchenumsatzes, in der Chemie kommen sie immerhin auf rund zwei Drittel.

Anders sieht es bei den unternehmensnahen Dienstleistern aus, wo lediglich knapp 28 Prozent des Umsatzes auf entsprechend stark betroffene Firmen entfallen. Allerdings gibt es auch hier kaum ein Unternehmen, das nicht zumindest mit einer disruptiven Veränderung zu kämpfen hat.

Dieser Blick auf die deutsche Wirtschaft zeigt, wie gewaltig die Herausforderungen in den kommenden Jahren werden. Denn es gilt: Mit einer einzelnen grundlegenden Veränderung kann ein Unternehmen in den meisten Fällen relativ gut umgehen. Die Unsicherheit vergrößert sich aber deutlich, wenn mehrere Probleme parallel gelöst werden müssen.

Allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass nicht jedes Unternehmen gleich gut darin ist, Herausforderungen zu meistern. Und hier machen die Ergebnisse der IW-Studie Mut, denn sie zeigen, dass vor allem jene Unternehmen vor mehreren Herausforderungen gleichzeitig stehen, die besonders innovationsfreudig und globalisiert sind (Grafik):

Fast 63 Prozent der Unternehmen, die von mindestens drei

fundamentalen Veränderungen betroffen sind, investieren regelmäßig in Forschung und Entwicklung. Unter den Firmen, die – zumindest bislang – von disruptiven Prozessen verschont bleiben, liegt dieser Anteil nur bei gut 32 Prozent.

Firmen, die sich stark mit disruptiven Prozessen konfrontiert sehen, liegen zudem bei der Exportorientierung, der Produktion im Ausland und dem Unternehmenserfolg – gemessen an der Rendite und der Entwicklung des Personalstamms – häufig über den Werten jener Betriebe, deren Geschäftsmodelle bislang nicht infrage gestellt werden.

Wenn gerade die international erfolgreichen Unternehmen unter Druck sind, steht für die Volkswirtschaft einiges auf dem Spiel. Gleichzeitig haben erfolgreiche und innovative Firmen die besten Chancen, sich zu erneuern und anzupassen. In bestimmten Bereichen gibt es jedoch weitere Einschränkungen:

Investitionszurückhaltung. Jene energieintensiven Branchen, die von disruptiven Veränderungen besonders betroffenen sind, haben sich schon in den vergangenen Jahren mit Investitionen zurückgehalten – das könnte sich jetzt rächen.

Rückblick, nicht Ausblick. Die Bewertung der Firmen erfolgt mit Blick auf Kennzahlen der Vergangenheit. Diese sind allerdings nur bedingt dafür geeignet, künftige Entwicklungen abzuschätzen. So zeigt das Beispiel der bislang stets erfolgreichen und für Deutschland immens wichtigen Automobilindustrie, wie groß und vielschichtig die Herausforderungen sind – sowohl mit Blick auf die Klimaneutralität als auch auf die Digitalisierung oder die Positionierung auf dem chinesischen Markt beziehungsweise gegenüber der chinesischen Wirtschaft.

In den Augen der befragten Firmen ist es die zentrale Aufgabe der Politik, zeitnah die richtigen Weichen zu

stellen. Die Unternehmen denken in diesem Zusammenhang vor allem an die digitale Infrastruktur inklusive Netzausbau, die (digitale) Bildung und die Stärkung von Forschung und Entwicklung.

Zudem wünschen sich die Unternehmen, dass die Politik den Kampf gegen Wettbewerbsverzerrungen durch China intensiviert, europäische Standards etabliert und qualifizierte Zuwanderung weiter erleichtert.

All das sind zweifellos sehr ambitionierte Wünsche an die künftige Bundesregierung. Werden sie jedoch nicht erfüllt, dürften die vier Disruptoren von Deutschlands wirtschaftlichem Erfolg der vergangenen Jahrzehnte wenig übrig lassen (siehe Interview Seiten 4–5).

IW-Studie

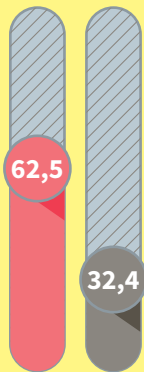
Vera Demary, Jürgen Matthes, Axel Plünnecke, Thilo Schaefer: Gleichzeitig – Wie vier Disruptionen die deutsche Wirtschaft verändern iwkoeln.de/disruptionen

Fundamentale Veränderungen: Welche Unternehmen es trifft

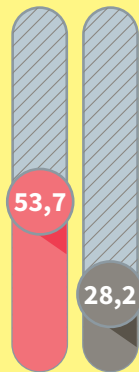
So viel Prozent der Unternehmen, die von ... betroffen sind, verfügen über diese Eigenschaft

■ ... mindestens drei Disruptoren ■ ... keinem Disruptor

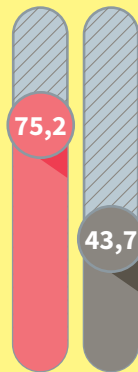
Regelmäßige Forschungs- und Entwicklungsaktivität



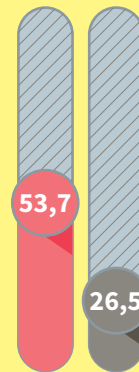
Positive Rendite und Mitarbeiterentwicklung



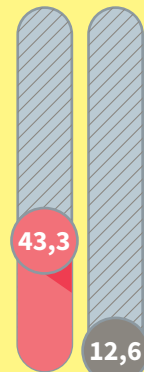
Exportgeschäft



Darunter: Exportanteil von über 25 Prozent



Auslandsproduktion



Befragung von 1.270 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels 2020, Prozentwerte umsatzgewichtet
 Disruptoren: Deglobalisierung/Protektionismus, Dekarbonisierung/Klimaschutz, Demografischer Wandel/Fachkräftemangel, Digitalisierung
 Quelle: IW Consult
 © 2021 IW Medien / iwd



Foto: Institut der deutschen Wirtschaft

Interview. Die Welt ist im Umbruch – nicht nur wegen Corona. Was das für die neue Bundesregierung bedeutet und wie die Arbeit der Großen Koalition zu bewerten ist, erklärt IW-Direktor **Michael Hüther** im iwd-Interview. Gerade hat er mit Institutskollegen ein Buch zur pandemie-erschöpften Globalisierung publiziert; außerdem ist eine große IW-Studie zu den fundamentalen Herausforderungen erschienen, die Wirtschaft und Gesellschaft auf die Probe stellen (siehe Seiten 2–3).

„Die Streitkultur wurde eingeschläfert“

Herr Hüther, werden Sie Angela Merkel vermissen?

Nein. Ich halte 16 Jahre Kanzlerschaft für zu lang. Demokratie lebt von Wechsel – ich bin ein Anhänger von der Beschränkung auf zwei konsequente Amtszeiten.

Am Anfang war die Corona-Pandemie eine Fahrt auf Sicht, Fehleinschätzungen oder überzogenes Handeln seitens der Politik waren entschuldbar. Doch mittlerweile wirkt das Corona-Management oft stümperhaft, unorganisiert und selten faktengetrieben. Teilen Sie diesen Befund?

Schon im zweiten Halbjahr 2020 hat die Politik Maßnahmen beschlossen, die ihr Ziel nicht erreicht haben: Sie hat es versäumt, die Gefährdeten zu schützen. Aber aufgearbeitet wurde dieses Versagen seither nicht.

Die Lockdown-Maßnahmen danach, inklusive der Bundesnotbremse, haben eine eigene Dynamik entwickelt und mich in ihrer Begründung nicht überzeugt. Vor allem wurden die Kollateraleffekte – also die Auswirkungen zum Beispiel auf Schüler, Integrationsprozesse oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt – nie angemessen gewürdigt.

„Erschöpft durch die Pandemie: Was bleibt von der Globalisierung?“ – so lautet der Titel Ihres neuen Buches. Welche Antwort auf diese Frage geben Sie mit Ihren Co-Autoren Matthias Diermeier und Henry Goecke?

Im Frühjahr 2020 kamen Wirtschaft und Gesellschaft mit dem ersten Lockdown völlig zum Erliegen. Die Effekte wirken bis heute nach, denn Lieferketten sind noch immer gestört – das hat man damals nicht vorhergesehen.

Zum Glück hat die Politik daraus gelernt und die weiteren Einschränkungen

kungen haben zumindest die Industrie ausgenommen.

Allerdings hat die Pandemie von allen Abstand verlangt und bei vielen Stillstand ausgelöst. Das hat den Wert von Metropolen, Agglomerationsräumen deutlich gemindert. Denn die Vorteile dieser Hotspots, ihre positiven externen Effekte, fielen kaum noch ins Gewicht. Doch wir brauchen diese Innovationszentren als Keimzellen für zukunftsweisende Entwicklungen.

Die IW-Studie nennt vier zentrale Disruptoren: Dekarbonisierung, Deglobalisierung, demografischer Wandel und Digitalisierung. Welche fundamentale Herausforderung hat die größte Aufmerksamkeit verdient?

Die vier Ds liegen alle in einem Bett, um es salopp zu formulieren. Jeder Disruptor beeinflusst die anderen und hängt selbst von ihnen ab. Alle vier sind außerdem im internationalen Kontext eingebettet.

Aber in dieser globalen Perspektive liegt auch der Hebel, den wir haben – gerade bei der Dekarbonisierung, zum Beispiel mit „Fit for 55“ als europaweitem Projekt. Aber wir brauchen auch die USA, Kanada, Australien mit im Boot für einen schlagkräftigen Klima-Klub, der dann auch Richtung China wirken kann.

Schon vor der Pandemie forderten Sie einen mehrere Hundert Milliarden Euro schweren Fonds, um Deutschland zu modernisieren. Jetzt ist die Staatsverschuldung durch Corona in die Höhe geschossen – muss das Projekt also vorerst eingemottet werden?

Wir bewegen uns aktuell bei einer Staatsverschuldung von knapp über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie lag nach der Finanzkrise deutlich höher, nämlich bei 80 Prozent, der Konsolidierungspfad ist also für sich genommen gar nicht

ambitionierter. Aus meiner Sicht sollte Deutschland allerdings zwei Dinge tun:

Erstens wäre es sinnvoll, die Corona-Schulden über einen langen Zeitraum – fünf Jahrzehnte plant beispielsweise die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – zurückzahlen.

Zweitens muss man sich den drängenden Investitionsthemen ernsthaft stellen. Das kann über den normalen Haushalt nicht gelingen, deshalb bleibt die Idee eines Deutschlandfonds relevant.

Gern wird von Ökonomen auf die träge Politik geschimpft. Aber sind nicht auch viele deutsche Firmen träge geworden?

Dieser Vorwurf hält dem Realitätscheck nicht stand. Der Ökonom Walter Eucken hat die Vorstellung der Enteignung durch den Markt geprägt – die einzig legitime Form der Enteignung. Das heißt: Unternehmen können nicht so träge sein wie der Staat, sie sind im ständigen Wettbewerb. Wenn sie auf Veränderungen nicht reagieren und sich nicht an neue Bedarfe anpassen, gehen sie pleite. Sie können nicht langweilig oder müde sein – der Staatsapparat leider schon.

Womit wir beim Wahlkampf wären: Inhaltlich wird noch immer wenig diskutiert, es geht viel um Personen und Verhalten. Hat jedes Volk den Wahlkampf, den es verdient?

Irgendwie schon. Der Wahlkampf ist aber nicht vom Himmel gefallen. Er ist das Ergebnis von 16 Jahren entpolitisierter Regierungsform. In Deutschland hat man verlernt, miteinander zu streiten. Dabei ist Streit so wichtig, denn dann ringt man um den besten Weg, die beste Lösung. Dahin müssen wir zurückkehren. Doch die Streitkultur wurde eingeschläfert. Der Preis ist hoch:

eine gesellschaftliche Fragmentierung, weil das konstruktive Ringen gar nicht mehr versucht wird.

Maskendeals, Testskandal, Mautmisere, Flutkatastrophe, falsche Daten zur Intensivbettenbelegung und zur Impfquote, der Rückzug aus Afghanistan: Ist Deutschland auf dem Weg zur Bananenrepublik?

In einer Bananenrepublik macht ja jeder, was er will, vor allem auf Kosten der Allgemeinheit. Das trifft auf Deutschland nicht zu.

Vielmehr haben wir 16 Jahre ambitionslose Umsetzungspolitik erlebt. Wenn sich Politik von der Spitze her nicht darum kümmert, was mit ihren großen Projekten und Vorgaben geschieht, wird nur noch das Nötigste gemacht. Wenn die Politik nicht mehr fordert, prägt das das System. Teilweise verstecken sich Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung momentan hinter Corona.

Tatsächlich verstehe ich auch nicht, weshalb so viele – jenseits des Gesundheitssektors – einen Corona-Gehaltsbonus fordern. Da ist eine Mitnahmentalität entstanden, die nicht gut ist.

Was rät Michael Hüther, studierter Historiker und Volkswirt, der neuen Kanzlerin oder dem neuen Kanzler?

Sie oder er sollte sich nicht so sehr von Kommunikationsagenturen beraten lassen, sondern Probleme offen ansprechen und Alternativen transparent deutlich machen. Denn auch der scheinbar bequeme Kurs erzeugt hohe Kosten, die dürfen wir nicht verschweigen.



Das ungekürzte Interview mit weiteren Fragen beispielsweise zur Bewertung der verschiedenen Corona-Maßnahmen oder zur Diskussion über Work-Life-Balance und Homeoffice finden Sie auf [iwd.de](https://www.iwd.de).

Politiker und die Wahrheit

Fake News. Um zu analysieren, wie seriös Politiker Bürgeranfragen beantworten und wie gewissenhaft sie mit offensichtlichen Falschinformationen umgehen, hat ein IW-Wissenschaftler fingierte Bürgeranfragen an rund 2.500 deutsche Parlamentarier geschickt. Das Ergebnis: Die etablierten Parteien schlagen sich gut – die AfD zeigt dagegen einen sorglosen Umgang mit Fake News.

Es liegt in der Natur des politischen Wettbewerbs, dass die verschiedenen Parteien unterschiedliche Aspekte desselben Themas betonen, um die eigene Agenda in den Vordergrund zu stellen. Ein legitimes Vorgehen – solange

faktenbasiert und wahrheitsgetreu argumentiert wird.

Immer häufiger werden jedoch Fake News, also die bewusste Verbreitung von Fehlinformationen, zur strukturellen Manipulation der Meinungen potenzieller Wähler

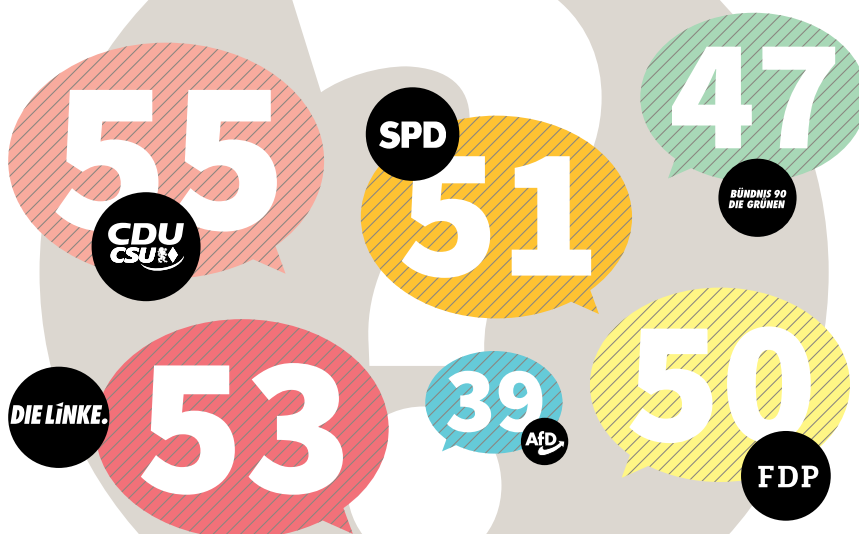
eingesetzt. Prominentestes Beispiel dafür sind die Praktiken des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, der über Twitter und andere Kanäle regelmäßig falsche Informationen teilte. Auch in Deutschland sind Fake News ein zunehmendes und viel diskutiertes Problem – und zwar nicht erst, seit Coronaleugner und Impfgegner ihre scheinbaren Wahrheiten verbreiten.

Doch nicht nur die sozialen Medien, auch die ungefilterte direkte Kommunikation zwischen Politikern und Wählern kann für solche Zwecke missbraucht werden. Aufgrund ihres privaten Charakters fliegen gerade Bürgeranfragen dabei unter dem Radar der Öffentlichkeit. Aus diesem Grund hat sich der IW-Wissenschaftler Matthias Diermeier mit der Frage beschäftigt, wie seriös Politiker in Deutschland Bürgeranfragen beantworten und ob sie falsche Informationen berichtigen – selbst dann, wenn die Fake News der politischen Ausrichtung der Partei entgegenkommen.

Die Ausgangslage für Diermeiers Studie bot eine deutschlandweite Umfrage aus dem Sommer 2020. Sie zeigte, dass AfD-Anhänger die

Hohe Antwortquoten in etablierten Parteien

So viel Prozent der Politiker dieser Parteien antworteten auf die fingierte Bürgeranfrage eines IW-Wissenschaftlers, in der er eine direkte Frage an sie richtete

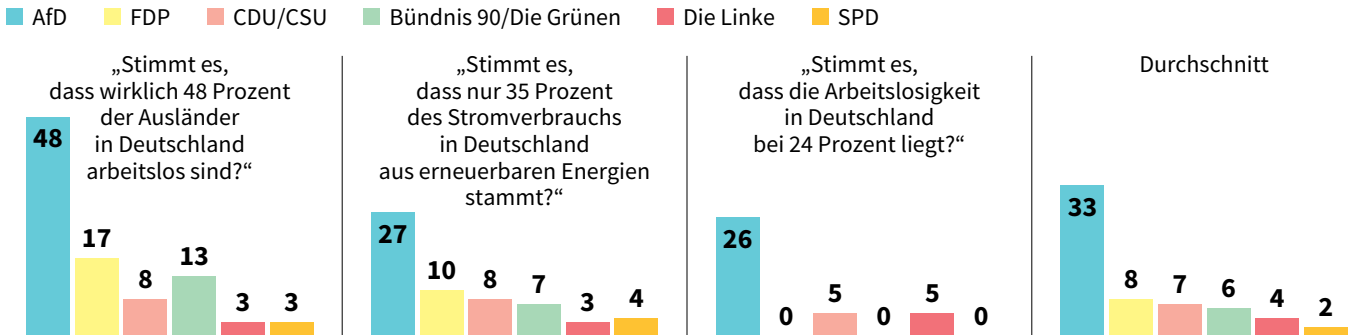


Bürgeranfragen per Mail; Mailversand im Januar 2021 an 2.503 deutsche Parlamentarier auf Bundes- und Landesebene unter Nutzung eines Alias und der Angabe, im jeweiligen Wahlkreis zu wohnen; für die Untersuchung wurden drei unterschiedliche Mails mit jeweils einer Frage und einer bewusst gewählten Falschinformation formuliert, anschließend wurde an jeden Politiker eine zufällig ausgewählte Mail verschickt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Fake News: Von AfD oft toleriert

So viel Prozent der Politiker dieser Parteien stellten diese Frage mit einer bewusst gewählten Falschinformation in fingierten Bürgeranfragen eines IW-Wissenschaftlers nicht richtig



Bürgeranfragen per Mail; Mailversand im Januar 2021 an 2.503 deutsche Parlamentarier auf Bundes- und Landesebene unter Nutzung eines Alias und der Angabe, im jeweiligen Wahlkreis zu wohnen; für die Untersuchung wurden drei unterschiedliche Mails mit jeweils einer der Fragen formuliert, anschließend wurde an jeden Politiker eine zufällig ausgewählte Mail verschickt; prozentualer Anteil an Politikern mit Rückmeldung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Arbeitslosenquote von Zuwanderern deutlich überschätzen, Grünen-Wähler hingegen den Anteil von erneuerbaren Energien am Stromverbrauch unterschätzen.

Das machte sich der Wissenschaftler zunutze: Er erfand einen Alias und schrieb im Januar 2021 unter der Angabe, im jeweiligen Wahlkreis zu wohnen, fingierte Bürgeranfragen an 2.503 deutsche Parlamentarier auf Bundes- und Landesebene. Dazu entwarf Diermeier drei Versionen einer Mail – vom Aufbau her identisch, aber mit drei verschiedenen, neutral gehaltenen Fragen, ob eine bestimmte Information stimme, die er gehört habe. Diese Information war allerdings eine bewusst gewählte Falschmeldung – erstens die von AfD-Anhängern zu hoch eingeschätzte Arbeitslosenquote von Immigranten (48 statt 14,4 Prozent), zweitens der von der Grünen-Anhängerschaft unterschätzte Anteil von erneuerbaren Energien am Stromverbrauch (35 statt 45,4 Prozent) und drittens die quer durch die Bevölkerung falsch beurteilte Arbeitslosenquote in Deutschland (24 statt 5,9 Prozent; alle Werte Stand 2020).

Jeder Politiker erhielt anschließend per Zufallsprinzip eine der drei Versionen. Die Antwortmails analysierte der IW-Wissenschaftler, der sein Studiendesign im Vorfeld mit der Ethik-Kommission der Universität Duisburg-Essen abgestimmt hatte, schließlich unter verschiedenen Gesichtspunkten:

Antwortquote. Rund die Hälfte aller Abgeordneten antwortete auf die fingierte Bürgeranfrage – mit 64 Prozent schnitten die Mitglieder des Deutschen Bundestags besser ab als die Landesparlamente, wo gut 45 Prozent der Politiker reagierten. Auffällig dabei: In den acht Bundesländern, in denen 2021 eine Wahl anstand, war die Antwortquote der Parlamentarier um 9 Prozentpunkte höher. Auf Parteiebene zeigten sich – zumindest bei den etablierten Parteien – nur geringe Unterschiede (Grafik Seite 6):

Mit 55 Prozent antworteten Politiker von CDU/CSU am häufigsten, die Rückmeldungen von FDP, Linke und SPD lagen ebenfalls über der 50-Prozent-Marke.

Grünen-Vertreter rangierten knapp dahinter. Lediglich AfD-Parlamentarier blieben mit einer Rück-

meldungsquote von nur 39 Prozent öfter eine Antwort schuldig.

Toleranz von Fake News.

Diejenigen, die eine Antwortmail schrieben, ließen die Falschinformationen in den seltensten Fällen unkommentiert oder sogar bestätigend durchgehen – erneut mit Ausnahme der AfD (Grafik):

Durchschnittlich 95 Prozent der antwortenden Politiker der etablierten Parteien berichtigten die Angaben – dagegen ließ jeder dritte AfD-Abgeordnete die falschen Fakten so stehen.

Am deutlichsten widersprachen SPD-Politiker den falschen Zahlen: Gerade einmal sieben der 315 Parlamentarier stellten diese nicht richtig. Ganz anders die AfD: Eine Regressionsanalyse der Zahlen zeigt, dass ein AfD-Parlamentarier eine Fehlinformation mit einer rund siebenmal so hohen Wahrscheinlichkeit toleriert wie ein Politiker einer anderen Partei.

Insbesondere die Fehlinformation in der Migrationsanfrage ließ die AfD unkommentiert: Fast die Hälfte der Parteimitglieder, die auf die Mail antworteten, nahm hier keine Richtigstellung vor.

Gründern wird viel versprochen

Wahlprogramme Mittelstand. Die jungen Firmen von heute sind die mittelständischen Champions von morgen. Die Politik tut also gut daran, sich für Unternehmensgründer einzusetzen. Die meisten größeren Parteien haben denn auch in ihren Wahlprogrammen einige Versprechen dazu parat – allerdings erweisen sich einige davon als kontraproduktiv.

Die rund 3,5 Millionen mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – nicht zuletzt, weil bei ihnen 58 Prozent der mehr als 33 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ihr Geld verdienen und sie 80 Prozent aller Ausbildungsplätze stellen.

Doch die Corona-Pandemie hat insbesondere den Mittelstand hart getroffen, der Handelsverband Deutschland rechnet allein für den

Einzelhandel mit 120.000 Betriebs-schließungen. Zudem hat die Corona-Krise den Trend zu immer weniger Gründungen nochmals verstärkt (Grafik):

Allein die Zahl der neu gegründeten gewerblichen Kleinbetriebe sank 2020 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 17 Prozent auf 118.300.

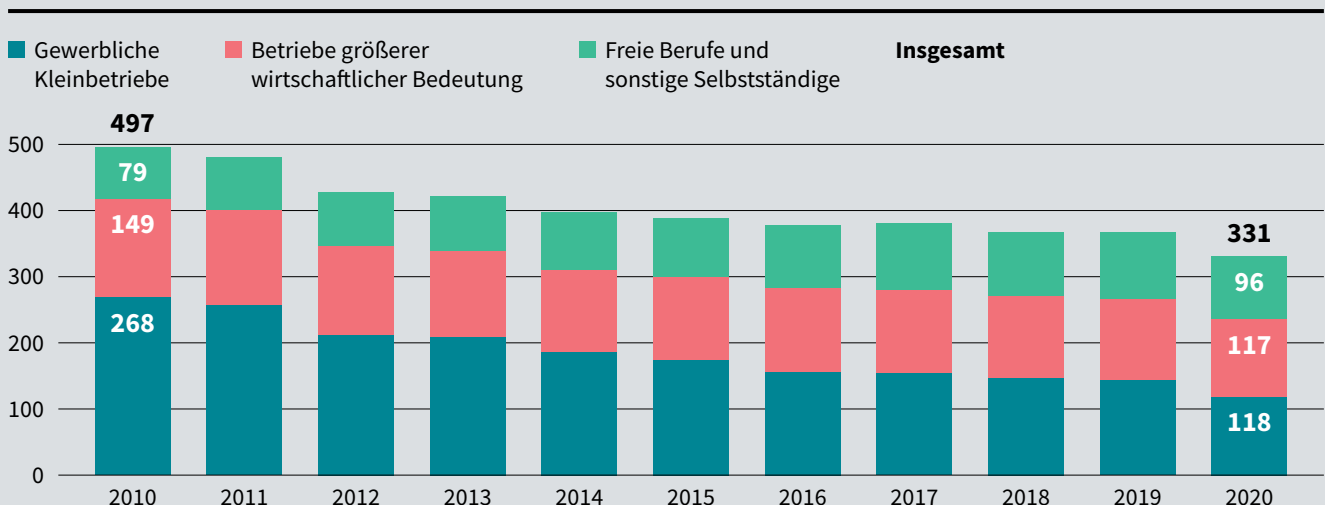
Doch ohne junge, innovative Unternehmen droht der deutsche

Mittelstand auf Dauer an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Die Politik ist also gefordert – im medialen Wahlkampf spielt das Thema Gründungen allerdings kaum eine Rolle. Man muss schon in die Wahlprogramme schauen, um herauszufinden, was die Parteien in Sachen Gründungsförderung vorhaben – oder eben auch nicht. Im Einzelnen:

CDU/CSU wollen nichts weniger als eine neue Innovations-, For-

Noch weniger Gründungen im Corona-Jahr

Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland in 1.000



Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung: neue Unternehmen, die von juristischen Personen gegründet oder im Handelsregister beziehungsweise in die Handwerksrolle eingetragen werden und bereits zum Zeitpunkt der Gründung sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen; Freie Berufe und sonstige Selbstständige: Daten für 2010 und 2011 geschätzt

Quellen: Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

schungs- und Gründerkultur herbeiführen und planen dafür unter anderem ein „bürokratiefreies Jahr“, währenddessen sich Gründer auf ihr Unternehmen konzentrieren sollen, statt sich mit Formularen und Meldungen an Behörden beschäftigen zu müssen. Und:

Der eigentliche Gründungsvorgang soll künftig online innerhalb eines Tages möglich sein.

Außerdem will die Union die Finanzierungsbedingungen für Start-ups verbessern, indem beispielsweise die steuerlichen und rechtlichen Hürden für Finanzierungen durch Venturecapital-Fonds gesenkt werden.

Geplant ist auch, das Konzept der Reallabore weiter auszubauen. Dort erproben kreative Unternehmen, Forscher und Verwaltungen neue Technologien oder Produkte – derzeit stehen dabei Projekte der Energiewende im Vordergrund. Erleichtern wollen die Unionsparteien zudem Unternehmensgründungen aus Hochschulen und Forschungsinstituten heraus.

Nicht zuletzt sollen Unternehmer ihre Nachfolge leichter regeln können, indem zum Beispiel die mit Betriebsnutzungsgenehmigungen verbundene Bürokratie reduziert wird. Dazu soll auch die Nachfolgebörse next-change ausgebaut werden.

Bei all dem drängt sich allerdings die Frage auf, warum CDU/CSU das nicht bereits in den vergangenen Regierungsjahren umgesetzt haben.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für einen Wagniskapitalfonds ein, mit dem am Markt nur schwer finanzierbare Leuchtturmprojekte in den Bereichen Greentech, künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität und Life Science gefördert werden sollen. Allerdings hat bereits die aktuelle Bundesregierung einen sogenannten Zukunftsfonds im Umfang von

10 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, der ähnliche Ziele verfolgt.

Zusätzlich wollen die Grünen Unternehmensgründungen, die sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichten, mit einem Gründungskapital in Höhe von 25.000 Euro unterstützen.

Generell sollen die bürokratischen Hemmnisse für Gründer deutlich reduziert werden – so soll es überall in Deutschland zentrale Anlaufstellen geben, wo sich Gründer beraten lassen und die eigentliche Anmeldung vornehmen können.

Die SPD erkennt ebenfalls an, dass Unternehmergeist dringend benötigte Innovationen fördert, und will Gründungen deshalb durch One-Stop-Agenturen, Projektförderung und öffentliche Fonds für Wagniskapital anregen.

Zugleich planen Sozialdemokraten wie Grüne jedoch, die Selbstständigkeit stärker zu regulieren:

Selbstständige sollen zum Beispiel künftig in die Rentenversicherung einzahlen müssen, was zumindest die Gründung kleiner Unternehmen weniger attraktiv machen könnte.

Ein weiteres Vorhaben ist, Soloselbstständige durch ein „Sicherungsgeld“ besser gegen unvorhergesehene Einnahmeausfälle zu schützen – die schwierige Entscheidung, wann ein solcher Notfall vorliegt, dürfte allerdings zu einem hohen bürokratischen Aufwand führen.

Die FDP möchte Gründungswilligen, die ein tragfähiges Geschäftskonzept vorlegen, einen Zuschuss gewähren – unabhängig davon, ob die Gründer zuvor arbeitslos waren. Außerdem planen die Liberalen, den von der amtierenden Bundesregierung aufgelegten Zukunftsfonds auszubauen, indem Beteiligungen privater Investoren an Start-ups attraktiver werden.

Zudem will die FDP insbesondere gründungswillige Frauen durch ein Investorinnen-Netzwerk unterstützen – mehr weibliche Business Angels sollen den Gründerinnen mit Rat und Tat sowie bei der Kapitalbeschaffung helfen.

Bürokratieabbau gehört ebenfalls zu den FDP-Zielen. Anders als die SPD wollen die Freien Demokraten den Selbstständigen möglichst freistellen, wie sie für das Alter vorsorgen – grundsätzlich soll es aber eine Pflicht zur Altersvorsorge und Krankenversicherung geben.

Die Linkspartei verzichtet in ihrem Wahlprogramm auf Aussagen zur Gründungsförderung. Die Linken betonen stattdessen, dass Selbstständige in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung einbezogen werden sollen. Zudem will die Partei eine hohe Besteuerung von Firmenvermögen durchsetzen.

Auch jenseits der speziellen Passagen zu Unternehmensgründungen und Selbstständigkeit zeigen die Wahlprogramme, wie unterschiedlich die Parteien Unternehmen und Selbstständige wahrnehmen. Während CDU/CSU und FDP vor allem auf die Notwendigkeit von (weiteren) Deregulierungen verweisen, um das Unternehmertum zu unterstützen, zielen einige Pläne von SPD, Grünen und der Linkspartei eher darauf ab, die Wirtschaft stärker zu kontrollieren und zu belasten: Eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns, ein weiterer Ausbau der Mitbestimmung sowie ein Rechtsanspruch der Beschäftigten auf eine Vollzeitstelle sind jedenfalls Vorhaben, die gerade jungen Unternehmen das Leben erschweren dürften.

IW-Policy Paper 16/2021

Klaus-Heiner Röhl: Die Wahlprogramme der Parteien für Mittelstand und Unternehmensgründungen

iwkoeln.de/wahlprogramme_mittelstand

Ausbauen, ausbauen, ausbauen

Klimapolitik. Vor der Bundestagswahl wird ein früherer Ausstieg aus der Kohleverstromung diskutiert. Doch besser wäre es, die grünen Alternativen der Stromerzeugung zu pushen.

Mehr E-Fahrzeuge und Ladesäulen, besser gedämmte und nachhaltig beheizte Gebäude, regionale und ressourcenschonende Lebensmittel, eine deutlich emissionsärmere Produktion: Dies ist nur eine kleine Auswahl dessen, was auf dem Weg zu einer klimaneutralen Welt nötig ist. Und die wird kommen, wenn die Politik ihren Worten Taten folgen lässt: Die EU und viele andere Staaten wollen bis 2050 klimaneutral

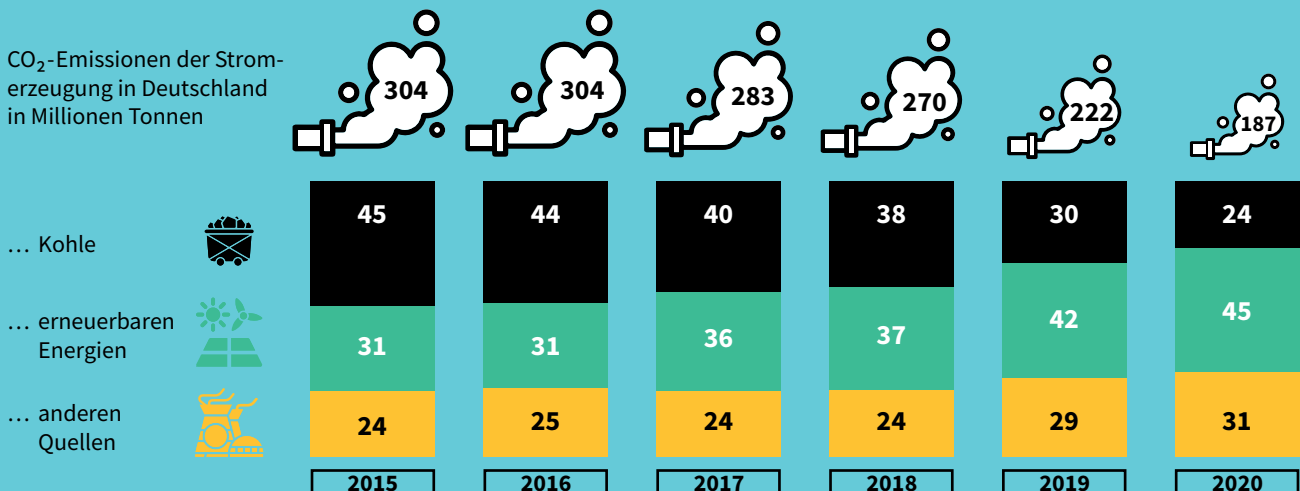
sein, Deutschland sogar schon 2045. Das heißt, bis spätestens zu diesem Stichtag dürfen keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre gelangen, die nicht anderweitig ausgeglichen werden können.

Natürlich lassen sich Emissionen einsparen, indem man die CO₂-verursachende Tätigkeit unterlässt. Doch in vielen Wirtschaftsbereichen dürfte der Energiebedarf künftig sogar größer statt kleiner werden: Weil es

im Kampf gegen den Klimawandel immer mehr elektrische Anwendungen gibt – wie Elektroautos und -räder, Wärmepumpen oder die Wasserstoffherzeugung –, steigt zwangsläufig auch der Stromverbrauch. So rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einem Anstieg des jährlichen Stromverbrauchs in Deutschland auf 655 Terawattstunden bis 2030. Das ist weit entfernt von dem, was

Stromerzeugung: Von schwarz zu grün

So viel Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms stammten aus ...



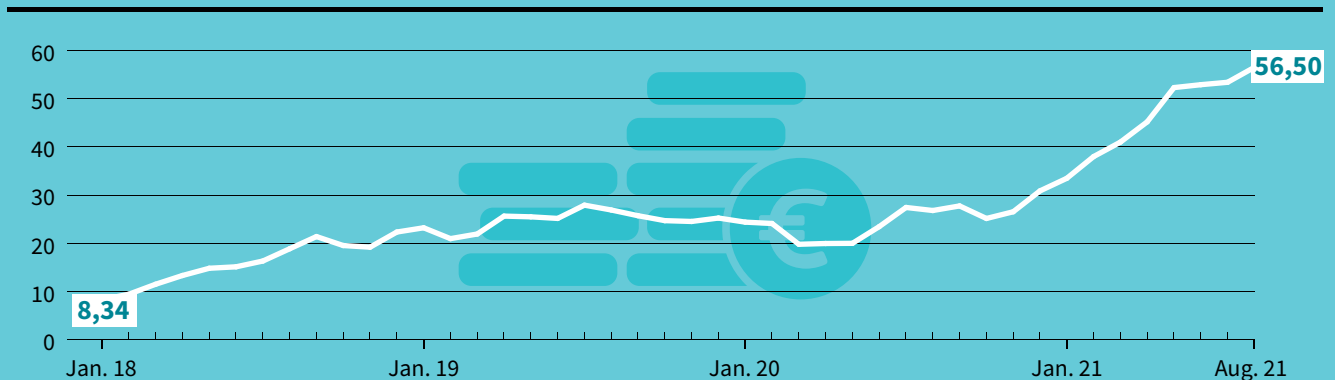
Andere Quellen: Erdgas, Kernenergie, sonstige Quellen wie Erdöl oder Müllverbrennung

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Umweltbundesamt

© 2021 IW Medien / iwd

CO₂-Zertifikate: Der Preis fürs Verschmutzen

So viel Euro kostete ein Zertifikat für eine emittierte Tonne CO₂ im europäischen Emissionshandelssystem



Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Carbon Price Viewer
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

derzeit überhaupt an grünem Strom produziert wird (Grafik Seite 10):

Im Jahr 2020 wurden in der Bundesrepublik 510 Terawattstunden Strom verbraucht, davon stammten aber erst 45 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Im Jahr 2030 sollen mindestens 65 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien stammen, das entspräche einem Produktionsplus von zwei Dritteln gegenüber 2020.

Mit den bisherigen Ausbauzielen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist das nicht zu schaffen. Doch statt sich damit zu beschäftigen, wie mehr Windräder und Sonnenkollektoren möglichst schnell und unbürokratisch an den Start kommen, kreist der klimapolitische Wahlkampf vielfach um eine Neuterminierung des Kohleausstiegs.

Laut Kohleausstiegsgesetz ist in Deutschland spätestens 2038 mit der Kohleverstromung Schluss. Aus mehreren Gründen ist es jedoch wenig sinnvoll, das Datum zu diskutieren:

- Ein früheres Kohle-Aus ist auch ohne Änderung der Gesetzesgrundlage möglich. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Strom aus erneuerbaren Energien Kohlestrom verdrängt hat, weil grüner Strom zu deutlich niedrigeren Zusatzkosten

für jede weitere Stromeinheit erzeugt werden kann.

- Zusätzlich hat der Anstieg des europäischen CO₂-Preises die Erzeugung von Strom aus der emissionsintensiven Kohle verteuert und somit unattraktiv gemacht (Grafik):

Im Schnitt der Jahre 2019 und 2020 lag der Preis für CO₂-Zertifikate bereits bei 25 Euro – gegenüber 16 Euro im Jahr 2018.

Das hat dazu geführt, dass mehr Strom aus Erdgas als aus Kohle gewonnen wurde: So stieg der Erdgasanteil an der deutschen Stromerzeugung gegenüber 2015 um rund 50 Prozent. Zwar entstehen auch bei der Stromerzeugung mit Erdgas CO₂-Emissionen – allerdings nicht mal halb so viele wie bei der Verstromung von Steinkohle und nur knapp ein Drittel im Vergleich zum Strom aus Braunkohle.

Ein steigender CO₂-Zertifikatepreis bewirkt also, dass Verstromung aus weniger klimaschädlichen Energieträgern wirtschaftlicher wird. Und der Druck auf die Kohle wächst: Aktuell liegt der Preis für ein CO₂-Zertifikat im europäischen Emissionshandel für den Energie- und Industriesektor, wenn er eine Tonne Treibhausgase emittieren will, bereits über der 60-Euro-Marke.

- Ein neues, früheres Kohleausstiegsdatum allein sorgt keineswegs dafür, dass Stein- und Braunkohlekraftwerke schneller durch klimafreundliche Alternativen ersetzt werden – im Gegenteil: Es führt nur zu weiteren Verhandlungsrunden und hohen Kosten.

Für einen effizienten Ausstieg aus der Kohle braucht es einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien. Um dies zu ermöglichen, müssen Flächen für neue Windparks und Solarmodule bereitgestellt, Genehmigungen beschleunigt und weitere bürokratische Hürden beseitigt werden.

Ganz ohne fossile Kraftwerke wird es allerdings auch in naher Zukunft nicht gehen. Denn solange es noch keine ausreichenden Speicherkapazitäten für grünen Strom gibt und auch die nötigen technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für eine Flexibilisierung der Stromverbräuche fehlen, braucht es an Tagen mit wenig Sonne und Wind vor allem flexible Gaskraftwerke als Reserve. Doch auch die müssen nicht auf ewig Treibhausgase emittieren: Perspektivisch können Gaskraftwerke mit klimafreundlichem Biogas oder grünem Wasserstoff betrieben werden.

Eine kontraproduktive Idee

Vermögensteuer. *Manch einer sieht in einer Steuer auf Vermögen das Allheilmittel gegen Ungleichheit und soziale Schieflagen in Deutschland. Gerade in Wahlkampfzeiten gewinnt die Steuer deshalb immer wieder Unterstützer. Doch mehrere Gründe sprechen gegen sie – vor allem die Investitionsfähigkeit und -tätigkeit von Unternehmen würde erheblich leiden.*

Die Vermögensteuer ist tot, lange lebe die Vermögensteuer: In Deutschland ist die umstrittene Steuer nämlich nicht abgeschafft, sie wird seit 1997 nur nicht mehr erhoben. Grund für das Aussetzen ist, dass Immobilien bei der Vermögensberechnung nicht mit dem Marktwert erfasst wurden, was dem Gleichheitsgrundsatz zuwiderlief.

Tatsächlich ist die Vermögensbewertung seit jeher die Krux einer jeden Form der Vermögensteuer. Das fängt schon bei einem Aktiendepot an, dessen Wert sich zwischen Stichtag und Steuerbescheid erheblich verändern kann – in beide Richtungen.

Noch schwieriger verhält sich die Sache bei Betriebsvermögen. So ist es nahezu unmöglich, den Wert eines kleinen oder mittelständischen Unternehmens halbwegs präzise zu schätzen. Und selbst der Wert von Firmen, die an der Börse notiert sind, ist nicht frei von Abhängigkeiten:

Niedrigzinsphasen treiben Aktienkurse auf dem Papier in die Höhe, weil sich Zinspapiere wie Anleihen als alternative Anlageform kaum noch lohnen.

Im Ergebnis ist es also schwer, Vermögen exakt zu beziffern. Deshalb gehen Experten davon aus, dass der Aufwand, der damit verbunden ist, die Steuergrundlage zu erheben und den Anforderungen des Fiskus Rechnung zu tragen, bis zu 20 Prozent der Einnahmen aus einer Vermögensteuer betragen kann – inklusive zu erwartender Rechtsstreitigkeiten.

Nichtsdestotrotz haben sich Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die SPD Pläne für eine neue respektive wiederbelebte Vermögensteuer ins Wahlprogramm geschrieben.

Und das, obwohl ein weiteres Argument gegen eine entsprechende Steuer noch schwerer wiegt als jenes der problematischen Vermögensermittlung: Keine Steuer ist investitions- und wirtschaftsfeindlicher, wie es das IW in einer neuen Studie formuliert.

Das Institut zeigt anhand einer Beispielrechnung, wie gravierend sich schon eine Vermögensteuer in Höhe von lediglich 1 Prozent auf Investitionen auswirken würde (Grafik):

Eine Vermögensteuer von 1 Prozent auf den Unternehmenswert kann dazu führen, dass Firmen über

10 Prozent weniger von ihrem für Investitionen angesparten Gewinn zur Verfügung haben als ohne eine entsprechende Steuer.

Zugrunde liegt der Rechnung das Szenario einer Kapitalgesellschaft mit einem Alleingesellschafter, der neben seiner Firma über kein weiteres Vermögen verfügt. Die Firma erzielt einen Vorsteuergewinn von 500.000 Euro und würde davon 31,1 Prozent an Ertragsteuern – also Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag – abführen. Den verbleibenden Gewinn in Höhe von knapp 345.000 Euro würde die Firma sparen, um ihn später zu investieren, beispielsweise in neue Maschinen.

Laut Bewertungsgesetz ist eine Firma mit 500.000 Euro Gewinn rund 4,8 Millionen Euro wert. Bei einem Freibetrag von 1 Million Euro und einer – angenommenen – Vermögensteuer von 1 Prozent summiert sich diese auf mehr als 38.000 Euro; hinzu kommen Abgeltungsteuer und Soli. Das Ergebnis:

Statt fast 345.000 Euro Gewinn bleiben nur knapp 293.000 Euro übrig, die Gesamtabgabenbelastung des von der Kapitalgesell-

schaft erzielten Gewinns steigt von 31,1 auf 41,5 Prozent.

Auch andere Beispielrechnungen des IW kommen zu einem ähnlichen Ergebnis – wenn etwa der Gewinn nicht einbehalten, sondern ausgeschüttet wird, oder im Fall eines Einzelunternehmens statt einer Kapitalgesellschaft:

In allen Fällen führt eine Vermögensteuer von 1 Prozent zu einem Rückgang des Gewinns um mindestens rund 8 Prozent.

Das würde den Wirtschaftsstandort Deutschland erheblich unattraktiver machen und Investitionen würden wahrscheinlich verstärkt im Ausland erfolgen.

Hinzu kommt, dass sehr wohlhabende Personen ihr Vermögen vor einer Vermögensteuer in Sicherheit bringen würden – in der Fachsprache ist hier von der „Elastizität der Bemessungsgrundlage“ die Rede. Und selbst wenn ebendiese Elastizität sehr moderat mit minus 0,25 veranschlagt wird, könnte das im Ergebnis zu einem Verlust an Steueraufkommen in Höhe von 40 Prozent im Vergleich zum vorher erwarteten Betrag führen. Schließlich sind es schon heute die wohlhabendsten Bundesbürger, die den überwiegenden Teil der Steuern zahlen.

Schließlich spricht noch ein weiterer Punkt gegen die Wiederbele-

bung der Vermögensteuer: Sie ist laut Simulationsrechnungen keineswegs in der Lage, die Vermögensungleichheit in Deutschland nennenswert zu verringern.

So würde eine Vermögensteuer mit den in den Beispielberechnungen zugrunde gelegten Annahmen den Gini-Koeffizienten – eine Messgröße der Ungleichheit – selbst nach zehn Jahren um nicht einmal 1 Prozent reduzieren.

IW-Kurzbericht

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Vermögensteuer – Keine Steuer ist wirtschaftsfeindlicher iwkoeln.de/vermoeegensteuer

Steuer fressen Investitionen auf

Beispielrechnung zu den Auswirkungen einer Vermögensteuer in Höhe von 1 Prozent im Falle einer Kapitalgesellschaft, wenn der Gewinn für spätere Investitionen angespart werden soll



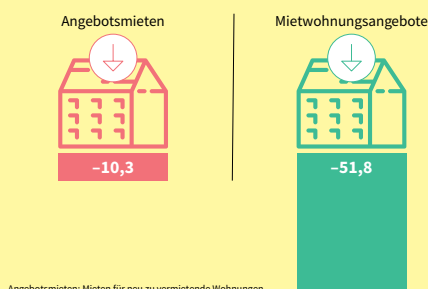
Unternehmenswert: das 13,75-Fache des pauschalierten Nettogewinns (vereinfachtes Ertragswertverfahren)
 Ertragsteuern: Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag
 Annahmen: Gewinn wird für spätere Investitionen thesauriert; Gewerbesteuerhebesatz beträgt 435 Prozent; Kapitalgesellschaft hat einen Alleingesellschafter ohne weiteres Privatvermögen
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Deckel zu, Markt tot

Mietendeckel. Sowohl die Linkspartei als auch die SPD und Bündnis90/ Die Grünen liebäugeln im Bundestagswahlkampf mit einem Mietstopp. Doch schon der Berliner Mietendeckel ist nicht nur vor dem Verfassungsgericht gescheitert, eine neue Studie des IW zeigt auch: Verlierer eines solchen Markteingriffs sind nicht zuletzt all jene, die eine Wohnung suchen. Und auch so mancher Vermieter musste gravierende Nachteile in Kauf nehmen.

Berliner Mietendeckel: Drastischer Rückgang an Wohnungsangeboten

Veränderung in Prozent im Zeitraum Juli 2019 bis Oktober 2020



Angebotsmieten: Mieten für neu zu vermietende Wohnungen

Quellen: Value AG,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Der Berliner Mietendeckel – offizieller Name: Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin – wurde am 23. Februar 2020 eingeführt und galt rückwirkend ab Juni 2019. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn jedoch in einem am 15. April 2021 veröffentlichten Urteil für nichtig erklärt, weil er nicht mit dem Grundgesetz vereinbar war.

Das Gesetz galt grundsätzlich für alle Mietwohnungen in Berlin, ausgenommen waren Wohnungen, die nach 2013 bezugsfertig wurden, Wohnungen in Wohnheimen, Sozialwohnungen und Trägerwohnungen, also solche, die von sozialen Trägern angemietet und an sozial schwache oder behinderte Menschen weitervermietet werden.

Die Auswirkungen des Mietendeckels waren unübersehbar – allerdings gab es neben dem beabsichtigten Effekt sinkender Mieten auch eine unbeabsichtigte Nebenwirkung (Grafik):

Die Mieten für neu zu vermietende Wohnungen in Berlin sanken von Juli 2019 bis Oktober 2020 um rund 10 Prozent – im gleichen

Zeitraum ging das Angebot an Mietwohnungen allerdings um mehr als die Hälfte zurück, also fünfmal so stark.

Das IW wollte nun wissen, welche Auswirkungen der Mietendeckel für die Vermieter in Berlin gehabt hat. Dazu wurden von April bis Juni 2021 insgesamt 283 private Vermieter befragt, davon 66 noch vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und 217 danach. Die wichtigsten Ergebnisse:

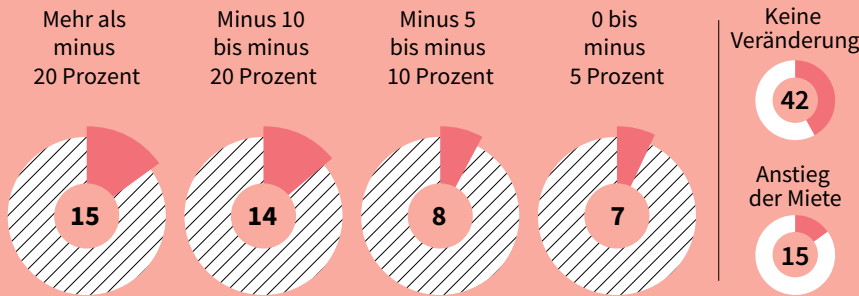
Rückläufige Mieteinnahmen. Im Schnitt sind die Einnahmen aus der Nettokaltmiete von 725 Euro je Wohnung im Januar 2020, dem letzten Monat vor Einführung des Mietendeckels, auf 666 Euro im März 2021 gesunken. Allerdings waren nicht alle Vermieter betroffen (Grafik Seite 15):

43 Prozent der privaten Vermieter in Berlin mussten rückläufige Mieteinnahmen verbuchen – fast genauso viele erzielten unveränderte Einnahmen, rund 15 Prozent konnten sogar höhere Mieten durchsetzen.

Bei den Vermietern, deren Einnahmen zurückgingen, gab es

Berliner Mietendeckel: Die Einbußen der Vermieter

So viel Prozent der 283 befragten Vermieter sagten, ihre durchschnittlichen Mieteinnahmen je Wohnung hätten sich im Zeitraum Januar 2020 bis März 2021 wie folgt verändert



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

iwd

große Unterschiede: 15 Prozent gaben an, mehr als 20 Prozent ihrer Mieteinnahmen verloren zu haben, weitere 14 Prozent mussten ein Minus von 10 bis 20 Prozent hinnehmen, jeweils 7 bis 8 Prozent hatten Mindereinnahmen von 5 bis 10 beziehungsweise bis zu 5 Prozent.

Probleme mit der Kreditfinanzierung. Wohneigentum wird in der Regel zu einem großen Teil mit Immobilienkrediten finanziert – von den Berliner Vermietern hatten noch zwei Drittel Kredite zu tilgen. Immerhin 4 Prozent von ihnen gaben an, dass der Mietendeckel und die damit verbundenen Mindereinnahmen bei ihnen zu einem Kreditausfall geführt haben.

Zwar scheinen 4 Prozent nicht viel zu sein, aber: Die Berliner Senatsverwaltung schätzt, dass rund 40.000 Mieterhaushalte die aufgrund des Mietendeckels entstandene Differenz zwischen gedeckelter Miete und Marktmiete nicht nachzahlen

könnten, was knapp 3 Prozent der Mieterhaushalte entspricht.

Während für diese Mieter ein Sicher-Wohnen-Fonds eingerichtet wurde, gab es für die Vermieter keine Unterstützung.

Weitere 15 Prozent der Berliner Vermieter gaben an, durch den Mietendeckel starke Einschränkungen ihres Schuldendienstes zu haben, 17 Prozent sprachen von leichten Einschränkungen.

Geringerer Vermögensaufbau. Ein häufiges Motiv für den Erwerb von Wohneigentum ist die Altersvorsorge, das gilt nicht nur für selbst genutzten Wohnraum, sondern auch für vermieteten.

Für ein Fünftel der Berliner Vermieter hatte der Mietendeckel zur Folge, dass sie Nettoverluste aus ihrem Vermietungsgeschäft zu tragen hatten, für knapp ein Fünftel war ein Vermögensaufbau nicht mehr möglich und für ein Drittel nur noch eingeschränkt.

Geringere Investitionen. Zwar war der Berliner Mietendeckel nicht lange genug gültig, um langfristige Effekte auf das Investitionsverhalten zu haben. Gleichwohl zeigen die Befragungsergebnisse, was passieren könnte, wenn solch ein Eingriff in den Markt dauerhaft erfolgt. So gab gut die Hälfte der Berliner Vermieter an, dass der Mietendeckel ihre allgemeine Investitionsbereitschaft stark gemindert habe. Große Investitionen, zum Beispiel eine umfassende energetische Sanierung, hätten sogar fast 60 Prozent der Vermieter stark eingeschränkt.

Reaktionen auf die Abschaffung des Mietendeckels. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel gekippt hatte, ging es um die Frage von Mietnachforderungen. Ein großer Teil der Berliner Vermieter zeigt, dass ihnen ein sozialverträglicher Umgang mit ihren Mietern wichtig ist. So gaben 29 Prozent von ihnen in der Befragung an, dass sie die Miete grundsätzlich einfordern werden, aber in Einzelfällen Stundungen möglich seien; 11 Prozent wollen in Einzelfällen auf die Nachforderung verzichten und 6 Prozent wollen ihr Recht auf Nachzahlung nicht in Anspruch nehmen.

Nur 32 Prozent der Berliner Vermieter wollen dagegen die Mietnachzahlungen vollständig und ausnahmslos einfordern. Der Rest hat keine Nachforderungen.

Aus IW-Trends 3/2021

Pekka Sagner, Michael Voigtländer: Auswirkungen des Berliner Mietendeckels auf private Vermieter iwkoeln.de/mietendeckel

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Neu auf iwd.de:



Einkommensteuer, Mecklenburg-Vorpommern und Gamesbranche

In ihren Programmen zur Bundestagswahl unterbreiten die etablierten Parteien mehr oder weniger konkrete Reformpläne zur Einkommensteuer. Durch die Bank versprechen sie den Bundesbürgern mit geringen und mittleren Einkommen teils deutliche Steuersenkungen. All jene, die überdurchschnittlich gut verdienen, könnten dagegen je nach Wahlausgang kräftig zur Kasse gebeten werden.

Gewählt wird am 26. September auch der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Wirtschaftlich gesehen bildet das Bundesland im deutschlandweiten Vergleich das Schlusslicht. Dennoch muss Ministerpräsidentin Manuela Schwesig von der SPD den aktuellen Umfragen zufolge nicht um ihre Wiederwahl fürchten.

Vom politischen Ernst zum Freizeitspaß: Die Gamesbranche ist weiter auf Rekordkurs – der weltweite Umsatz stieg 2020 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Viertel auf rund 148 Milliarden Euro. Gaming bedeutet aber längst nicht mehr nur Zocken zum Zeitvertreib, auch der Markt für Serious Games – digitale Lernspiele mit Unterhaltungselementen – legt deutlich zu.

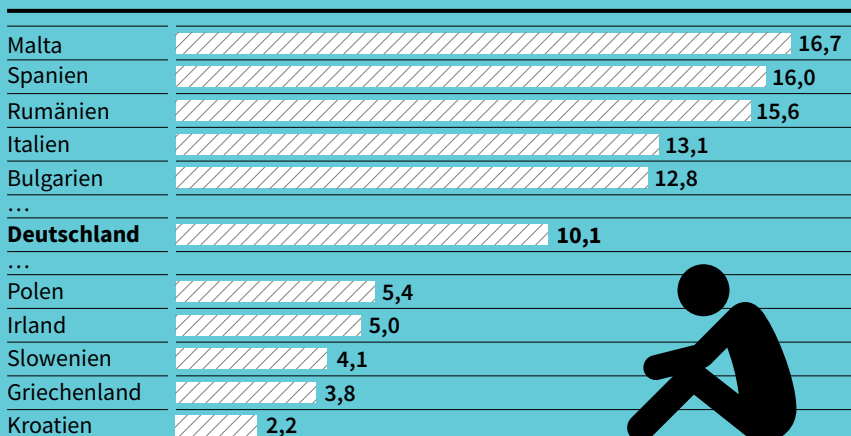
Mehr zu diesen Themen lesen Sie auf iwd.de.

Top-Liste: Bildungsverlierer

Während der Corona-Pandemie haben weltweit schätzungsweise 100 Millionen Kinder nicht ausreichend lesen gelernt. Mittelfristig dürfte deshalb die Zahl jener Kinder und Jugendlichen steigen, die frühzeitig die Schule verlassen. Schon jetzt gibt es allein innerhalb der EU große Unterschiede bei den vorzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängern. In Malta, Spanien und Rumänien hatten 2020 mehr als 15 Prozent der 18- bis 24-Jährigen maximal einen Realschulabschluss und keine weitere berufliche Bildung abgeschlossen. In Deutschland schwankt diese Quote seit zehn Jahren um rund 10 Prozent, eine Reihe von Ländern schneidet deutlich besser ab. Ein früher Schulabgang kann zu Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Armut führen. Deshalb zählt eine hochwertige Bildung für Jugendliche, aber auch für Erwachsene zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der EU.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger: Große Unterschiede in der EU

So viel Prozent der 18- bis 24-Jährigen hatten 2020 höchstens die Sekundarstufe I durchlaufen und keine weitere allgemeine oder berufliche Bildung erfahren



Sekundarstufe I: allgemeinbildende Schule bis Klasse 10, berufliche Schulen, die zur mittleren Reife führen, Berufsvorbereitungsjahr

Quelle: Eurostat
© 2021 IW Medien / iwd

iwd